

Spitzelin in Hamburg enttarnt

Iris „Schneider“ spionierte jahrelang die linke Szene aus

Von 2000 bis 2006 spionierte die LKA-Beamtin Iris Plate unter dem Decknamen „Iris Schneider“ die linke Szene in Hamburg aus.

Sie tauchte ab 2000 regelmäßig im „Café Niemandland“ in der Roten Flora auf, knüpfte dort Kontakte zu den Betreiber_innen und stieg nach kurzer Zeit in den Betrieb des Cafés ein. Sie nahm als Delegierte des Cafés auch aktiv am Hausplenum der Flora teil. Darüber hinaus war sie bei vielen linken Demos, Besetzungen und Veranstaltungen dabei. Neben der Flora, engagierte sie sich in einer Radiogruppe des Freien Sender Kombinat (FSK), hatte Kontakt in das Internationale Zentrum B5, das LIZ, arbeitete beim „Bewegungsmelder“ mit und war in einer Politgruppe aktiv. Sie baute sich einen Freund_innenkreis auf, ging auf Partys, trainierte in einer queeren Kickbox-Gruppe und führte unter ihrer Tarn-Identität Liebesbeziehungen.

Bereits 2002 wurde sie verdächtigt, eine verdeckte Ermittlerin zu sein. Dies konnte jedoch trotz intensiver Recherchebemühungen nicht belegt werden. Im Rahmen der anstehenden Räumung des Wagenplatzes Wendebecken 2004 wurde sie mit dem Verdacht konfrontiert, zog sich etwas aus dem politischen Alltagsgeschehen zurück und gab 2006 vor, Hamburg

zu verlassen, um das nächste Jahr in den USA zu leben. Im Anschluss distanzierte sie sich von ihren Freund_innen und brach alle Kontakte ab.

Die jahrelange Spitzelei ist aber nicht nur ein politischer Angriff auf linke Strukturen, sondern auch rechtswidrig. Zwar lassen die Rechtsgrundlagen einen Einsatz von verdeckten Ermittler_innen zur „Abwehr einer konkreten Gefahr“ (§ 12 PolDVG) oder zu Strafverfolgungszwecken zu. Die jahrelange Spitzelei zur Informationsgewinnung über Strukturen und Inhalte der Szene ist aber von keiner Ermächtigunggrundlage gedeckt und somit rechtswidrig. Zudem stellt die Mitarbeit einer verdeckten Ermittlerin beim Radiosender FSK einen Angriff auf die Pressefreiheit dar. Auch ihre übrige Ermittlungstätigkeit und das Ausforschen von Personen – unter anderem durch das Eingehen von Liebesbeziehungen – ist ein Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Personen und in keiner Weise zulässig.

Ein ausführlicher Bericht über die Aktivitäten von Iris Plate findet ihr unter <http://verdeckteermittler.blogsport.eu>. Zum Umgang mit Spitzeln bzw. bei Spitzelverdacht gibt die Broschüre: „Schöner Leben ohne Spitzel“ der Antifaschistischen Linken Berlin einen Überblick (<https://bit.ly/12c5bSj>).

pressback...

... ist ein monatlich in Hamburg erscheinender Newsletter gefördert von der Ortsgruppe Hamburg der Roten Hilfe. Die Rote Hilfe ist eine linke, parteiunabhängige, strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation, die sich an der Seite aller sieht, die aufgrund politischer Aktivitäten Opfer staatlicher Repressionen geworden sind.

Informationen:

hamburg@rote-hilfe.de
<http://pressback.blogsport.de>
www.hamburg.rote-hilfe.de

Kontakt:

www.hamburg.rote-hilfe.de
 V.i.S.d.P.: H. Lange
 Postfach 3255, 37022 Göttingen

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Falblatt bleibt bis zur Aushändigung Eigentum des Absenders/der Absenderin, „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung i.S.d. Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Exemplare sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an die Absender_innen zurückzusenden.

pressback

We won't forget, we won't forgive!

Aktivist wurde in Frankreich bei Protesten von Polizei ermordet

Wieder hat ein Mensch sinnlos sein Leben gelassen, umgebracht von einem militärisch bewaffneten Staatsapparat. Und wieder traf es einen Aktivist, der gegen ein überdimensioniertes, umweltzerstörendes Bauprojekt protestierte, das aus Profitgründen von einer Regierung durchgesetzt werden soll.

Für das Gebiet des Testet, im Dreieck zwischen den Städten Toulouse, Montauban und Albi gelegen, entstanden 2001 auf der Basis einer Machbarkeitsstudie Pläne zum Bau eines über 300 Meter langen Staudamms. Mit diesem sollte hauptsächlich die Bewässerung von 30 umliegenden Agrar-Großbetrieben mit intensiver Landwirtschaft gewährleistet werden. Dass dadurch ein 20 Hektar großes Feuchtgebiet mit vielfältiger Fauna und Flora und viele Hektar Wald zerstört würden, wurde billigend in Kauf genommen. Die Studie wurde 2009 erneuert, um die Wichtigkeit des Großprojekts zu untermauern.

Die Gruppe *collectif testet*, die sich besonders für den Erhalt des Testet eingesetzt hat, schrieb über die Studie: „Als aber das Kollektiv zur Rettung des Testet schließlich Einsicht in die Studie von 2001 bekam, zeigte sich, dass diese Daten, die 2001 vermeintlich das Projekt gerechtfertigt hätten, nicht noch einmal aktualisiert worden waren, obwohl sich die Situation inzwischen radikal verändert hatte. [...] Abgesehen davon, dass sie [die Regionalregierung] die Zahlen vertuscht und beschönigt haben, wurden niemals die negativen Stellungnahmen von anderen beratenden staatlichen Gremien, wie etwa dem Nationalen Rat für Naturschutz zur Kenntnis genommen. Auch einer öffentlichen und kontroversen Debatte, die das Kollektiv zur Rettung des Testet seit einem Jahr forderte, entzog sich die Regionalregierung. Die Abholzung des Waldes wurde begonnen, [...] Aufgrund der Waldbesetzung durch Naturschutzaktivist_innen, mussten zur Durch-



FREIRAUM DES MONATS

führung des Bauvorhabens hunderte von Polizisten eingesetzt wurden.“

Die Proteste in der ZAD – *zone à défendre (zu verteidigendes Gebiet)* – von Testet wurden intensiver und nach vielen Angriffen seitens der Staatsorgane auf die Aktivist_innen, ihre Camps und Unterkünfte, wurde für den 25. Oktober 2014 eine Groß-Demo in unmittelbarer Umgebung der Baustelle angekündigt.

Die staatliche Ausrufung einer ZAD – eigentlich *zone d'aménagement différencié (Bauerwartungsland)* – erlaubt im französischen Recht die Enteignung von Land zum Bau von Projekten für die „öffentliche Versorgung“. Durch die vielen so entstandenen Konflikte, definierten Aktivist_innen den Begriff um zu *zone à défendre*.

Es kamen rund 7000 Menschen zur Demo und obwohl der Präfekt der Region angekündigt hatte, keine Polizei-Einheiten aufzufahren, damit es nicht zu einer Eskalation komme, wurden Aktivist_innen, die sich

dem leeren Abstellbereich für die Baumaschinen näherten, mit den dort aufgestellten 250 Polizist_innen und Spezialkräften konfrontiert. Es kam dann zu (offensichtlich gewollten) schweren Auseinandersetzungen, bei denen Gummi-Geschosse, Blend-, Tränengas- und Schock-Granaten auf die Aktivist_innen gefeuert wurden. Eine dieser Schockgranaten traf den jungen Aktivist Rémi Fraise am Rücken und explodierte. Er starb.

Sein Tod führte in ganz Frankreich zu teils heftigen Auseinandersetzungen. Egal, in welcher Form Proteste stattfinden, nichts rechtfertigt den Mord durch Polizist_innen oder andere Handlanger_innen des Systems.

Für Rémi und alle anderen Menschen, die bei den Kämpfen gegen die Unzumutbarkeiten des Hier und Jetzt aus dem Leben gerissen wurden: We won't forget, we won't forgive!

Beitrittserklärung / Einzugsermächtigung / Rote Hilfe e.V.

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe
- Ausserdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert
- Ich möchte regelmäßig den E-mail Newsletter erhalten



Rote Hilfe e.V.
 Postfach 3255
 37022 Göttingen

Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe, jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Von mir verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchung z.B. bei ungedecktem Konto) gehen zu meinen Lasten und können ebenfalls von meinem Konto abgebucht werden.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag von

Abbuchung soll erfolgen

- 7,50 € (Normalbeitrag)
- 10,00 € (Solibeitrag)
- 3,00 € (Ermäßigter Beitrag)

- jährlich
- halbjährlich
- monatlich

€ anderer Betrag

Der Normalbeitrag beträgt monatlich 7,50 €. Der ermäßigte Mindestbetrag (für Schüler_innen, Erwerbslose usw.) 3 €.

Wir dokumentieren hier eine Veröffentlichung des Ermittlungsausschusses Hamburg und der Ortsgruppe Hamburg der Roten Hilfe:

Zum Spannungsfeld zwischen dem Schweigen zu Tatvorwürfen und der kritischen Auseinandersetzung mit Positionen und Aktionen

Wir gehen nicht unter in den Kämpfen, die wir führen, sondern in denen den wir uns nicht stellen. Ähnliches könnte für Debatten um konkrete politische Aktionen gelten. Doch wie über Vorfälle sprechen, sich positionieren, wenn Schweigen das Gebot der Stunde ist? Die vehemente Aufforderung, konsequent die Aussage zu verweigern, steht immer wieder in der Kritik, Debatten zu verhindern, Maulkörbe zu verpassen und schweigender Vereinzlung Vorschub zu leisten. Diese Kritik soll hier aufgegriffen und anhand der konkreten Situation um die Besetzung in der Breiten Straße erläutert werden.

Aktuell wird in Bezug auf die Besetzung vom 27.08. in der Breiten Straße ermittelt. Gegen bisher sechs Beschuldigte wird in noch nicht absehbarer Zeit Anklage erhoben, Jakob S. sitzt auf Hahnöfersand in U-Haft. In der Presse wurde von einem fliegenden Waschbecken und einem Heizkörper, Türen und Dachlatten berichtet (Mopo); die Tatvorwürfe des gemeinschaftlichen versuchten Totschlages, der gefährlichen Körperverletzung, des Hausfriedensbruchs und des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte wurden erhoben. Das bietet viel Raum für Spekulationen und dem Bedürfnis nach Auseinandersetzung und solidarischem Handeln.

Warum Schweigen?
Dicht halten bedeutet, nicht über die Geschehnisse des Abends zu sprechen – egal in welchem Kontext und in welcher Situation. Bei dieser Aufforderung geht es uns darum, von Ermittlungen Betroffene weitgehend zu schützen und den Ermittlungsbehörden ihre Arbeit so schwer wie möglich

zu machen. Es ist nicht abschätzbar, wie breit ermittelt wird, welche Gesprächsinhalte für Cops von Interesse sind und wer alles noch zum Ziel von Ermittlungen werden könnte. Beispielsweise hat sich aufgrund der Ermittlungen der Kreis von fünf auf sechs Beschuldigte bereits erweitert und es ist nicht absehbar, ob und wie viele



noch dazu kommen werden. Schweigen ist daher das einzig schlagkräftige Mittel, den Ermittlungstaktiken der Polizei etwas entgegenzusetzen.

Mediale „Wahrheiten“ als Unterstützung der Repressionsorgane

Um die Anforderung dicht zu halten erfüllen zu können, ist ein kritischer Umgang mit vermeintlichen Informationen notwendig. Über eigene Eindrücke, die Berichterstattung der Medien und eingestellte Videos bei youtube (z.B. Berichterstattung auf Hamburg1) meint mensch, ein genaues Bild der Geschehnisse des Abends zu haben. All dies zum jetzigen Zeitpunkt als Grundlage für Auseinandersetzungen zu nehmen birgt Gefahren. Ermittlungsbehörden nehmen

jegliche Äußerung – dazu können auch Spekulationen gehören – um Vermutungen zu untermauern und gegen Beschuldigte zu verwenden. Wer im Fokus der Überwachung steht, ist dabei völlig unklar. Es kann jede_n treffen, auch ohne, dass die Person dies selber mitbekommt.

Auch Sachverhalte, die durch Medien verbreitet werden und damit als öffentlich zugängliche und abgesicherte Informationen gelten, erfordern einen vorsichtigen Umgang. So zeigt beispielsweise die Berichterstattung über einen angeblichen Angriff auf die Davidwache am 28.12.2013 deutlich, wie durch gezielte mediale Desinformation politische Stimmungsmache betrieben wird. Darüber hinaus erfahren Maßnahmen der Repressionsorgane dadurch öffentliche Unterstützung, aber auch innerlinke Debatten über Verhältnismäßig- und Sinnhaftigkeit von Mitteln werden angestoßen. (vgl. Presseerklärung Beuth: <http://florableibt.blogspot.de/2014/01/05/pressemitteilung-zum-polizeilich-inszenierten-angriff-auf-die-davidwache/>). Sowohl durch Ermittlungen als auch durch Medien werden „Wahrheiten“ produziert, die faktisch zu hinterfragen und politisch abzulehnen sind.

Debatten – ja, aber keine Ermittlungshilfe
Sicherlich bietet die Besetzung der Breiten Straße vom 27.8. jede Menge Anlass für Auseinandersetzungen über die Legitimität und Sinnhaftigkeit von militanten Mitteln, Vorbereitung und Durchführung von Aktionen. Solche Auseinandersetzungen sind aus unserer Perspektive nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig. Debatten tragen zur politischen Handlungsfähigkeit bei und können diese mit Inhalten unterfüttern. Bereits gelaufene Aktionen bieten Möglichkeiten kritischer Reflexion und Anlass auf deren Basis die eigene Praxis zu überprüfen.

Zu bedenken sind dabei der Zeitpunkt, der Grad der Öffentlichkeit und die konkreten Inhalte. In Bezug auf die Auseinandersetzungen um die Breiten Straße bedeutet dies, kritische Debatten entweder nicht während des laufenden Verfahrens zu führen, oder von den konkreten Ereignissen loszulösen. Das heißt, auch in als sicher empfundenen Zusammenhängen keinen direkten Bezug zu Beschuldigten, Tatvorwürfen und vermeintlichen Fakten herzustellen. Dies gilt auch für die Nutzung sozialer Medien wie Facebook und Twitter. Diese bieten zwar die Möglichkeit, auf einfachem Wege viele Menschen schnell zu erreichen. Bei der Nutzung muss mensch sich aber darüber im Klaren sein, dass hiermit Verbreitungswege aus der Hand gegeben und leicht abrufbare Informationen über Zusammenhänge und Verbindungen erzeugt werden. Informationen bleiben unwiderruflich im Internet erhalten und werden in der Ermittlung von Cops genutzt. (zur Kritik an Facebook und Co: <http://aussageverweigerung.blogspot.de/images/plapperntext.pdf>)

Lasst uns reden – über Häuserkampf und Solidaritätsarbeit
Bei aller Aufforderung und Notwendigkeit, dicht zu halten, geht es nicht darum, in Passivität und Sprachlosigkeit zu verfallen. Stattdessen ist es wichtig und notwendig, sich klar zu positionieren und kritisch solidarisch zu verhalten. Repression, die – wie im aktuellen Fall – durch

harte Tatvorwürfe Besetzung als politische Praxis kriminalisiert, stellt den Versuch dar, dieser die Legitimation und Solidarität zu entziehen. Dem gilt es entschlossen entgegenzutreten und dies deutlich wahrnehmbar zu äußern. Hierbei geht es darum, bürgerlichen Medien und Repressionsorganen nicht die alleinige Deutungshoheit zu überlassen. In rechtsstaatlicher Logik stellt Repression die Antwort auf Versuche, bestehende Verhältnisse anzugreifen, dar. Dem wollen wir uns entgegenstellen, indem wir politische Praxis verteidigen und Repression angreifen. Es geht dabei nicht um individuelle Handlungen Einzelner, sondern darum, Häuserkampf als emanzipatorisches Anliegen zu thematisieren. Aus unserer Sicht sollte die Auseinandersetzung um Repression sich nicht auf Schuld- oder Unschuldsumsetzungen stützen, da strafrechtliche Kategorien kein geeigneter Maßstab für politische Auseinandersetzungen sind. Vielmehr geht es uns darum, Knast und andere Repressionsmittel als illegitim zu verurteilen und anzugreifen. Gezielte Unterstützung in Form von Briefen, Kundgebungen (auch in Hörweite des Knastes), Geld, Solitransparente, solidarische Aktionen etc. füllt Parolen wie „Getroffen hat es wenige, gemeint sind wir alle!“ mit Inhalt und stellt den Versuch dar, Vereinzlung in der Repressionsituation etwas entgegenzusetzen. Gebt den Beschuldigten das Gefühl nicht alleine zu sein! Informationen und Kontaktmöglichkeiten hierzu findet ihr auf <http://breitesoli.noblogs.org>.

Ermittlungsausschuss Hamburg, Rote Hilfe Ortsgruppe Hamburg

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

zappenduster

ZERO TOLERANCE

Seid gut 20 Jahren gibt es in den USA das sogenannte „zero-tolerance-policing“. Dieser Ansatz in der Polizeiarbeit sieht vor, dass jeglicher noch so kleine Regelverstoß strikt verfolgt wird. Folglich werden jede Menge Menschen wegen Nichtigkeiten kriminalisiert. Laut FBI gab es in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als eine Viertelmilliarde Festnahmen. Gegenwärtig ist jede_r dritte US-Bürger_in bei der Behörde aktenkundig.

ROBOCOP IS WATCHING YOU

In Dubai führt die Polizei derzeit einen Testlauf mit „Google Glasses“ durch. Die Brillen sollen dabei mit einer speziellen Gesichtserkennungssoftware ausgestattet sein. Dass heißt, sie sind mit einer polizeilichen Foto-Datenbank vernetzt. Fällt ein Abgleich zwischen der durch die Brille gesichteten Person und einem gespeicherten Foto positiv aus, erhalten die Beamten einen Alarm. Wenn die Probephase mit den Brillen „gut“ läuft, sollen diese standardmäßig zum Einsatz kommen.

PUNITIVE TURN

Laut einer Langzeit-Studie über die Angemessenheit von Strafe unter Jurastudierenden fordern diese heute deutlich längere und härtere Strafen als noch vor 25 Jahren. Gegenwärtig sehen demnach rund ein Drittel eine lebenslange Freiheitsstrafe (in der Regel 15 Jahre) nicht für ausreichend an, über die Hälfte würde unter bestimmten Bedingungen auch Folter befürworten und jede_r Dritte spricht sich für die Wiedereinführung der Todesstrafe aus. Dies alles im Übrigen, obwohl das Gefühl subjektiver Sicherheit gestiegen ist.